

die Notizen dann seinem Außenminister Shultz zur Bearbeitung übergab – ein Detail, auf dessen Verbreitung die Amerikaner sorgsam achtgaben, um dem weitverbreiteten Gerücht entgegenzutreten, der Präsident habe Schwierigkeiten, längeren Gesprächen zu folgen.

Zwar gab Reagans Außenminister George Shultz offen zu, eigentlich sei nur „das alte Zeug“ verabschiedet worden. Aber daß sich alle Gipfelpartner ohne Wenn und Aber zum Nachrüstungs- teil des Doppelbeschlusses bekannten, wurde zumindest von den Amerikanern als ungewöhnlich deutlicher Sieg des Präsidenten gewertet.

Das frühlingsliche Hoch für Reagan gibt dem „derzeit populärsten Ratespiel in der Hauptstadt der USA“ („The New York Times“) neue Nahrung, der Frage nämlich, ob sich Ronald Reagan im November nächsten Jahres ein zweites Mal den Wählern stellt und womöglich bis ins Jahr 1989 Amerikas Präsident bleibt.

„Wenn er sich heute entscheiden mußte“, so Ed Meese, einer der einflußreichsten Reagan-Berater, „würde ich sagen, er kandidiert mit Sicherheit.“ Was Reagan nach seinen Sommerferien auf der Ranch in Kalifornien mitzuteilen habe, werde, glaubt Stabschef James Baker, „die Herzen der Bewunderer überall im Lande mit Freude erfüllen“.

Reagan selbst hat in den letzten Monaten zwar mehrmals seine Absichten erkennen lassen. „Unsere Säuberungskolonie benötigt länger als zwei Jahre“, verkündete er im Februar, „um mit dem Mist aufzuräumen, den uns andere über ein halbes Jahrhundert zurückgelassen haben.“ Und Berater, die an ihrer beruflichen Zukunft zu zweifeln begannen, beruhigte er, sie sollten „ihre Zeit nicht damit vergeuden, sich die Stellenanzeigen anzusehen“.

Seine offizielle Entscheidung aber – wenn sie denn überhaupt schon gefallen ist – möchte Reagan aus politischen Gründen so spät wie möglich bekanntgeben:

Entschiede er sich frühzeitig gegen eine erneute Kandidatur, würde er im Kongreß auf noch stärkeren Widerstand stoßen als bisher; die Sowjets würden einfach abwarten, um zu sehen, ob sie mit seinem Nachfolger besser ins Geschäft kommen könnten. In Reagans Republikanischer Partei schließlich würde sogleich der Kampf der Diadochen einsetzen – was nur der Konkurrenz von der Demokratischen Partei nutzen könnte.

Entschiede sich Reagan andererseits frühzeitig für eine weitere Kandidatur,



„Zomo“-Einheiten mit Gasmasken im Einsatz: „Stumpf und gedankenlos“

sähe er sich bei jedem Schritt, bei jeder politischen Entscheidung dem Vorwurf ausgesetzt, nur mit Blick auf den Wahltag und den Wahlsieg zu handeln.

Reagans Zögern verhindert aber auch eine für die Republikaner peinliche Debatte: ob Reagan seinem Amt überhaupt gewachsen sei. „Nicht einmal in seiner eigenen Partei wird behauptet“, so der Kolumnist James Reston, daß Reagan „ein einfallsreicher Denker“ sei, der über Visionen für die Zukunft verfüge.

Seine berüchtigten Faktenverwechslungen bei Reden, das offenkundige Unvermögen des US-Präsidenten, ohne längere Nachhilfestunden seiner Berater komplizierte geopolitische oder wirtschaftliche Verknüpfungen zu erkennen, sowie deutliche Konzentrationsschwächen sind überall in Washington bekannt.

Sorgsamer als für irgendein anderes Treffen hatte sich Reagan deshalb auf Williamsburg vorbereitet, offensichtlich mit Erfolg. Ihm sei gelungen, berichteten französische Delegationsmitglieder, sein „Cowboy-Image“ abzustreifen. Als „ungewöhnlich gut“ bezeichnete US-Finanzminister Donald Regan die Gipfelleistung seines Chefs. Nach Meinung Michael Deavers habe der Präsident die Versammlung gar „dominiert“.

Solche Äußerungen machen deutlich, wie ernst die Reagan-Crew das Kompetenz-Handikap nimmt.

Und daß es über Williamsburg nicht vergessen wird, zeigte sich schon wenige Tage nach dem Gipfel. Da höhnte in der „Washington Post“ der Kolumnist Richard Cohen: „Dieser Präsident wird von der Presse und ausländischen Staatsmännern behandelt wie ein Kind . . . Alle sind sprachlos, wenn er in der Lage ist, allein einen Konferenzraum zu betreten, um mit gleichrangigen Kollegen ein Thema gründlich zu diskutieren.“

## POLEN

### Recht auf Grausamkeit

Die „Zomo“, berüchtigte Prügelpolizei mit langer Tradition, mischt sich in den Machtkampf der Parteiführung ein – gegen Jaruzelski, auf der Seite der Orthodoxen.

Mit ihren Visieren und Schilden aus Plexiglas sehen sie aus wie eine Kino-Streitmacht von einem anderen Stern – aber ihre Brutalität ist ganz irdisch: Wo und wann sich in Polen Kritik oder Widerstand gegen Jaruzelskis Militärregime regt, wird dagegen eine martialisch herausgeputzte Schlägertruppe eingesetzt, die „Zmotoryzowane Oddziały Milicji Obywatelskiej“ (Motorisierte Einheiten der Bürgermiliz), kurz genannt „Zomo“.

Polen mit Humor haben ihr den Namen „Das schlagende Herz der Partei“ gegeben, und als Prügelpolizei, die gegen wehrlose Demonstranten mit Tränengas und Schlagstöcken vorgeht, ist die „Zomo“ durch die Krisenberichte des westlichen Fernsehens inzwischen auch weltweit bekanntgeworden.

Diese bestgehaßte Sondereinheit, die für Jaruzelskis Herrschaft die alltägliche Drecksarbeit macht, hat seit der Ausrufung des Kriegsrechts im Dezember 1981 mindestens 60 Tote zu verantworten. Arbeiter, Studenten und Hausfrauen wurden bei Zusammenstößen mit der „Zomo“ erschossen oder bei Verhören zu Tode gequält und erschlagen; polnische Dissidenten sprechen von einer „sicher doppelt so hohen Zahl“.

Der jüngste Fall: Mitte Mai nahm eine Miliz-Streife den Warschauer Gymnasiasten Grzegorz Przemek, 19, der von seiner Abiturfeier kam, zusammen mit

einem Klassenkameraden ohne erkennbaren Anlaß auf dem Warschauer Schloßplatz fest und schaffte die beiden Schüler zu einem Verhör auf die Wache.

Nur eine Stunde später fand die inzwischen alarmierte Mutter von Przemek ihren Sohn bewußtlos bei einem Notarzt. Zwei Tage später starb der Schüler nach einer Operation im Krankenhaus. Todesursache: schwere Verletzungen von Milz und Leber und im Darmbereich, offenbar verursacht durch brutale Schläge auf den Unterleib.

Durch drei einander widersprechende Kommuniqués versuchte sich die Polizei herauszureden: Der Schüler sei betrunken aufgefunden worden, er habe auf der Wache „aggressiv reagiert“, sogar von Drogen war die Rede.

Den wahren Grund für die willkürliche Festnahme und den Terror beim Verhör nannte die Miliz nicht: Ab-

So wurde die Beerdigung des Schülers zur Massendemonstration gegen das Regime. Im Schweigemarsch zogen über 50 000 vorwiegend junge Polen durch die Innenstadt zum Friedhof, wo die Lehrerin des Ermordeten die Grabrede hielt: „Ich habe dich auf alles vorbereitet, nur nicht auf die Grausamkeit und Gewalt.“

Landesweit brach sich Empörung Bahn. Selbst in den längst wieder gleichgeschalteten Zeitungen durften Leser die Frage stellen, ob die Regierung ihre Polizei noch unter Kontrolle habe. Der polnische Schriftsteller Wiktor Woroszylski schrieb an den Vizepremier Rakowski einen offenen Brief. Zitat:

Ich schreibe diesen Brief, um mit allem Ernst zu fragen, was Du und Deine Mitregierenden zu tun gedenken, um der Bestialität ein Ende zu setzen. Ich möchte wissen, was unternommen wird, damit Leute auf den gewissen Diensten ihr Recht auf Grausamkeit verlieren, damit es

einheiten der Polizei hat im kommunistischen Polen eine lange Tradition – trotz wechselnder Namen und Zuständigkeiten.

Vorbild war Rußland, wo Lenin kurz nach der Oktoberrevolution 1917 die junge Sowjetmacht von einer politischen Miliz schützen ließ – gegen innere Feinde.

Felix Dserschinski, der aus Polen stammende Gründer des ersten sowjetischen Staatssicherheitsdienstes „Tscheka“, fand für die blutige Aufgabe seiner Truppe ein besonders zynisches Bonmot: „Wenn man die Partei, die Avantgarde der Arbeiterklasse, mit einem Säbel vergleicht, dann würde die Schneide zweifelsohne der Staatssicherheitsdienst darstellen.“

In Polen hießen die noch vor Kriegsende gegründeten Sondereinheiten „Korps für Innere Sicherheit“ (KBW), deren Aufgabe es war, den bewaffneten Widerstand gegen die kommunistische Machtübernahme niederzukämpfen.

Bis in die Mitte der fünfziger Jahre führte das Korps mit vollausrüsteten Regimentern gegen nationalpolnische und nationalukrainische Widerstandsgruppen vor allem im Südosten Polens einen regelrechten Bürgerkrieg.

Schon im Jahr 1946 hatte das dem Ministerium für Staatssicherheit unterstellte KBW rund 110 000 Mann unter Waffen. Eigene Militärgerichte, Sondereinheiten wie das „Selbständige Bataillon“ (SBS) und Kompanien, aus Waisen gefallener Soldaten zusammengestellt, wachten über das richtige politische Bewußtsein. Chef des Korps war der Partisanengeneral und spätere Innenminister Moczar.

Nach den blutigen Säuberungen und einer Generalamnestie wurden die paramilitärischen Sondereinheiten vor allem zum Kampf gegen die bewaffnete Opposition eingesetzt. Im Posener Arbeiteraufstand 1956 schossen sie auf streikende Arbeiter.



**Beerdigung des ermordeten Schülers Przemek\*:** „Schmerzensschrei der Gefolterten“

iturient Przemek war der Sohn der polnischen Lyrikerin Barbara Sadowska, eines Mitgliedes der verbotenen Bürgerrechtsbewegung „Kor“, die seit über zwei Jahren Vorsitzende des Hilfskomitees für politische Gefangene und deren Angehörige beim Primas der katholischen Kirche ist – aktiv im gewaltlosen Widerstand.

Der bisher ungesühnte Schüler-Mord, das glauben sogar regierungsloyale Polen, war kein „Betriebsunfall“ der Prügelpolizei. Er war sowohl ein Einschüchterungsversuch gegen den andauernden politischen Widerstand als auch eine Provokation gegenüber dem polnischen Episkopat – möglicherweise sogar ein besonders perfider Versuch der Partei-Orthodoxen, die für Mitte Juni geplante Pilgerreise von Papst Wojtyla nach Polen noch zu verhindern.

keine Ermunterung zur Grausamkeit mehr gibt, von der sie immer kühner Gebrauch zu machen scheinen. Was wird getan werden, damit die polnische Jugend, unsere Kinder, nicht mehr als Feind Nummer eins dieses Staates, als Freiwild, als Ziel für verletzende und tödende Schläge auf den Straßen unserer Städte und hinter undurchdringbaren Mauern behandelt wird?

Von der Antwort auf diese Frage hängt heute mehr ab als von Deklarationen, Reden und Polemiken, mit denen man versucht, das Schmerzensgeschrei von Gefolterten und Gemordeten zu übertönen.

Die Antwort auf solche Fragen gibt die polnische Nachkriegsgeschichte. Denn die Organisation politisch motivierter und politisch gelenkter Sonder-



**Polizei-Opfer Przemek**  
„Tötende Schläge“

\* Am 19. Mai auf dem Warschauer Friedhof Powazki.

Auch den Wiederaufstieg Gomulkas zum Parteichef hat das Korps abgesichert. Weil die Kreml-Führung mit der Wiederwahl des Nationalkommunisten nicht einverstanden war, die polnische Armee aber unter dem Oberbefehl des Sowjet-Marschalls Rokossowski stand, gab KBW-Chef General Waclaw Komar seinen Truppen den Befehl, Warschau zu umstellen.

Aber neun Jahre später unterstellte Gomulka die Sondereinheiten des KBW dem Verteidigungsministerium. Ihm war die Rivalität zwischen der Polit-Truppe unter dem Befehl seines Intimfeindes Moczar und der Armee zu gefährlich.

Innenminister Moczar behielt den Zugriff auf die inzwischen aufgebauten paramilitärischen Einheiten der Bürgermiliz (MO), auch auf die kasernierten Einheiten. Daneben wurde eine Arbeitermiliz (ORMO) rekrutiert, die 1960 erst 87 000 Mann, 1966 aber schon 250 000 Mann umfaßte. Aufgabe: „Schutz des öffentlichen Gutes“.

Beim Arbeiteraufstand in den Küstenstädten im Dezember 1970 tat die Miliz das Gegenteil: Von Vizepremier Kociolek, dem heutigen polnischen Botschafter in Moskau, gerufen, schossen die Polizisten auf streikende Arbeiter und erschossen 300 – darüber stürzte Gomulka.

Gomulka-Nachfolger Gierek, als Ungedienter ohne Hausmacht in der Armee, wollte die Partei lieber wieder von einer eigenen Prätorianergarde schützen lassen. Zudem sah er in Verteidigungsminister und Politbüro-Mitglied Jaruzelski einen Mann, der ihm als populärer Armeechef gefährlich werden konnte.

Die operativen Einheiten der Miliz, seit 1974 „Militäreinheiten des Ministeriums für Innere Angelegenheiten“ genannt, wurden wieder zentral dem Innenministerium unterstellt. Den Kern dieser Truppe bildet heute die „Zomo“.

Die bis dahin nur mit Handfeuerwaffen und Wasserwerfern ausgerüsteten Milizen bekamen die Kampfmittel einer regulären Armee: Panzer, Hubschrauber, Artillerie, Fallschirmspringer und Pionierverbände.

Sie führten Offiziersränge bis zum Brigadegeneral ein (von den 16 Brigadegenerälen wurden 12 allein unter Gierek ernannt) und bekamen eigene Offiziersschulen. Der Haushalt des Innenministeriums, zuständig für die Polizei, den Geheimdienst und die Feuerwehr, stieg um das Zehnfache. Gierek wagte 1980 dennoch nicht, seine hochgerüstete Polizei-Armee gegen die überbetrieblichen Streikkomitees einzusetzen, Jaruzelski weigerte sich, die Armee auf unbewaffnete Docker schießen zu lassen.

Nach Gründung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität“ löste sich die Freiwilligen-Reserve auf – die meisten Hilfspolizisten wechselten zur „Solidarność“. In Warschau verlangte die Kripo die organisatorische Trennung vom

diskreditierten Staatssicherheitsdienst, Tausende von Polizisten ließen sich vorzeitig pensionieren.

Im Herbst 1981 sprachen auf dem Danziger „Solidaritäts“-Kongreß auch die Gründungsmitglieder einer unabhängigen Polizeigewerkschaft. Aber auch die Knüppelgarden der Partei existierten noch. Im März löste der blutige Überfall von „Zomo“-Polizisten auf Gewerkschafter im Woiwodschaftsgebäude von Bromberg eine schwere Krise aus. Die „Solidarität“ drohte mit Generalstreik, Innenminister Milewski, der als Kriegswaise in den Sondereinheiten des KBW seine Karriere begann, mußte gehen.

Zwei Monate später schlug Politbüro-Mitglied Stefan Olszowski, schärfster

schauer Autofabrik F.S.O. 125 zusätzliche Planstellen für Angehörige der „Zivilen Verteidigung“. Die Politruks der Zivilschützer kommen aus der Schule des Staatssicherheitsdienstes in Remberow bei Warschau.

Die Partei hat sich einen mit Pistolen bewaffneten Selbstschutz namens „Politische Selbstverteidigung“ zugelegt. Zuverlässige Genossen lernen unter Anleitung der Miliz regelmäßig den Dienst an der Waffe. Allein im Krakauer Stadtteil Krowdrze kommen 400 Parteimitglieder zum Übungsschießen.

Die „Zomo“ ist mit einem Gummiknüppel von einem Meter Länge mit eingeschmolzener Stahlrute ausgerüstet. Gegen Demonstranten in Lubin und



**Festnahme eines Demonstranten in Warschau: „Freiwild auf den Straßen“**

Gegner der „Solidarität“, auf einer Parteiversammlung vor, „zum Schutz der Bürger“ sollten Polizei und Militär auf den Straßen gemeinsam Streife gehen – damit war das Kriegsrecht schon vorweggenommen.

Tatsächlich konnte General Jaruzelski, als er im Dezember 1981 das Kriegsrecht gegen sein eigenes Volk ausrief, den größten Teil seiner Armee in den Kasernen lassen. Die 330 000 Mann der Miliz, verstärkt durch eine reaktivierte Freiwilligenreserve, den Grenzschutz mit 80 000 Mann und den militärischen Geheimdienst mit 25 000, reichten aus, um die Bevölkerung weitgehend unter Kontrolle zu halten.

Die operative Miliz wurde inzwischen in jeder der 49 Woiwodschaften zu „Pulki manewrowe“ (Beweglichen Regimentern) zusammengefaßt; das in Warschau hat schon die Kopfstärke einer Division.

Neu ist eine parapolizeiliche Formation, die als Werkschutz in die Betriebe eingeschleust wird. So bekam die War-

Grünberg im August vorigen Jahres stellte sie eine besonders heimtückische Waffe vor: auf Panzerwagen montierte Linsenreflektoren, deren Strahlen in wenigen Sekunden die Kleider von Menschen in Brand setzen. Die Lichtkanone stammt aus der DDR.

Neben Tränengas in mehreren Ausführungen setzt die „Zomo“ auch lähmende Gase ein, die in Ampullen aus Handfeuerwaffen geschossen werden können.

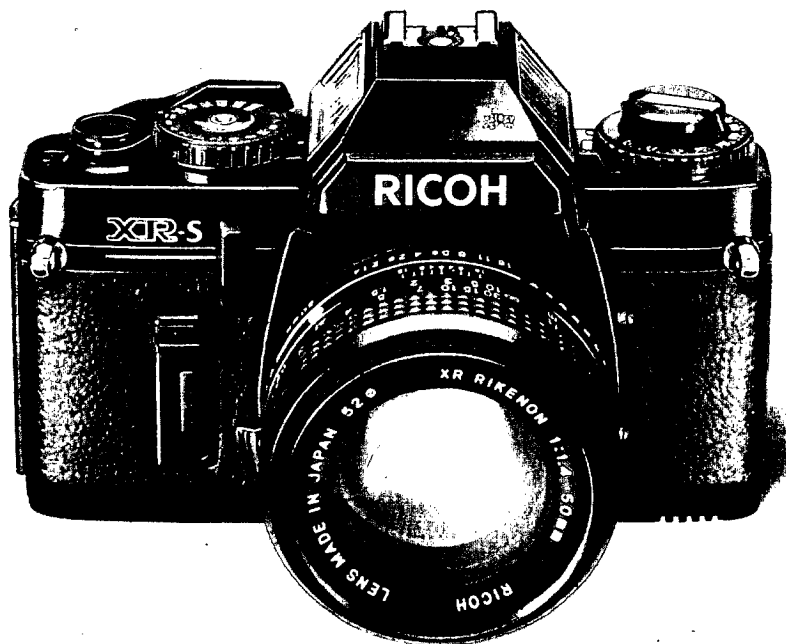
Die „Zomo“ schießt nicht nur auf Demonstranten, berüchtigt sind ihre Foltermethoden beim Verhör. Bericht des Anführers eines illegalen Streiks, der trotz Herzinfarkts von der „Zomo“ aus dem Krankenhaus in die Kommandantur geschleppt wurde:

Während des Verhörs mußte ich auf einem Hocker knien, die Hände angekettet. Fast bei jeder Frage wurde mit einem Gummiknüppel auf die Fußsohlen geschlagen. Dann wurde mir mit einer Spraydose aus nächster Nähe eine ätzende Flüssigkeit ins Gesicht gespritzt. Im Gefängnis-Krankenhaus stellten die Ärzte Verbrennungen

# RICOH XR-S

Die erste und immer noch einzige Spiegelreflex-Kamera der Welt mit Solartechnik. Mit abschaltbarer Automatik, mit stromsparender Flüssigkristall-Anzeige. Und dank der Solartechnik wird Batteriewechsel frühestens nach 5 Jahren nötig.

Mit einer Ricoh XR-S erwerben Sie das Spitzenmodell des Ricoh Kamera-Programms. Mit einer umfangreichen Zubehör-Palette, mit weltweitem Service und – aus gutem Hause!



**RICOH**  
**Spitzentechnik**  
**zu einem fairen**  
**Preis**

Ricoh Deutschland GmbH · Frankfurter Allee 45-47 · 6236 Eschborn 1

auf der Bindehaut und den fortschreitenden Verlust meiner Sehkraft fest.

Auch im Psycho-Krieg versucht sich die „Zomo“: Kurz nach der Freilassung des Arbeiterführers Lech Walesa bekamen Kirchenführer und westliche Fernsehkorrespondenten Photomontagen von Walesa beim Sex zugeschickt. Dem SPIEGEL spielten die Fälscher ein Tonband zu, auf dem Walesa angeblich ein Gespräch mit seinem Bruder führt und ihn als geldgierig und großwahn sinnig vorstellt.

Wer sich zur „Zomo“ meldet, muß gesund und mindestens 175 Zentimeter groß sein. Zu Giereks Zeiten waren es hauptsächlich geistig unterbelichtete Dörfler, die sich zur Knüppelgarde meldeten; gelegentlich waren auch Kriminelle dabei, denen bei der Verpflichtung ihre Strafe erlassen wurde.

Heute sind es hauptsächlich Wehrpflichtige, die ihren Dienst bei der „Zomo“ ableisten können und vor allem durch finanzielle Zuwendungen gelockt werden: Der Monatslohn für einen Milizionär beträgt 6000 Zloty (172 Mark), zehnmal soviel wie der Soldaten sold. Als Abschiedsprämie nach fünf Jahren Dienst sind Summen zwischen 50 000 und 100 000 Zloty ausgesetzt.

Hohe Spesen sollen die Schläger zusätzlich bei Laune halten. Ihr Tagessatz für Verpflegung liegt jetzt bei 500 Zloty – in den polnischen Kinderheimen bei 52 Zloty. Jedem „Zomo“-Mann stehen pro Tag eine Packung Zigaretten und im Monat vier Flaschen Wodka zu.

Als Prämien bekommen „Zomo“-Angehörige Waren aus der DDR und gelegentlich auch aus dem Westen. Zudem ist die Schutztruppe der Partei seit der Ausrufung des Kriegsrechts nicht mehr in entlegenen Kasernen, sondern in bequemen Hotels untergebracht: „Hevelius“ in Danzig, „Novotel“ in Breslau oder „Solec“ und „Vera“ in Warschau.

Ausgebildet wird die „Zomo“ in Lagern, die zum Teil in der ČSSR liegen. Dort üben Rekruten den Nahkampf, während aus den Lautsprechern Rufe wie „Ge-sta-po“ dröhnen – so will man sie auf Einsätze bei Demonstrationen vorbereiten. Spezialzüge, die zu den „taktischen Einheiten“ gehören, trainieren Kungfu oder Karate.

Die Parteipresse bemüht sich seit einiger Zeit sehr, das Ansehen der Miliz aufzubessern. Ausgerechnet die Wochenzeitschrift „Polityka“, die einmal die liberalste des Ostblocks war, sorgte sich in einer Reportage aus der Offizierschule des Innenministeriums in Szczytno: „Peinlich ist es, wenn die Offizierschüler in ihren Geländewagen durch Warschau fahren und die Studenten in den Fenstern liegen und schreien, schimpfen und pfeifen. Die in den Wagen sind doch auch Studenten!“

Die oberschlesische „Trybuna Robotnicza“ kommt in ihrem Bericht aus einer Kaserne der „Zomo“-Leute in Kattowitz der Wirklichkeit schon näher: „Es wird behauptet, sie seien stumpf und gedan-

kenlos . . . Gewiß, sie sind keineswegs die Verkörperung von Milde und Einfühlbarkeit – in gefährlichen Situationen kann man sich auch keine höflichen Manieren leisten.“

Wie schwer das den „Zomo“-Männern fällt, durfte in der Lubliner Parteizeitung „Sztandar Ludu“ der Stabsfeldwebel Jan Jacek beschreiben:

Wir sind wahrhaftig nicht degeneriert. Nach dem Einsatz weinen wir von all dem Gas und träumen nur davon, so schnell wie möglich schlafen zu gehen . . . Sie sollten meinen fünfjährigen Sohn hören, als er weinend nach Hause kam und klagte, daß andere Kinder nicht mit ihm spielen wollen, weil sein Vater ein „Zomo“-Mitglied ist.

Seit Jahresbeginn 1983 verschärfen sich Einzelaktionen der „Zomo“. In Breslau wurde eine Gruppe Schüler, der jüngste von ihnen erst 12 Jahre alt, von einer Streife auf der Wache mit Gummiknüppeln geschlagen. Zum Gaudi der Polizisten mußten sich die Jungen gegenseitig verprügeln.

In Kattowitz nahm die „Zomo“ den Arbeiterführer Kazimierz Switoń ohne Angabe von Gründen für 30 Stunden fest. Einige Tage vor dem Mord an dem Schüler Przemek wurde von unbekanntem Zivilisten das Kloster St. Martin in der Warschauer Altstadt überfallen, die Zentrale der Hilfsorganisation für politische Gefangene.

In Danzig wurde der Arbeiterführer Walesa fast täglich zu Polizei-Verhören bestellt, von denen die Zentrale in Warschau angeblich nichts wußte.

Kenner glauben, daß hinter den Terror-Aktionen der Polizei Auftraggeber stecken, die damit auch den Machtkampf in der Parteispitze schüren wollen.

Jaruzelski-Anhänger, wie Vizepremier Rakowski und Innenminister General Kiszczak, noch immer um ein freilich verwässertes Reformprogramm bemüht, sollen durch provokative Terroraktionen zu härterer Gangart gezwungen werden.

Das Politbüro-Mitglied Barcikowski, der 1980 das Stettiner Abkommen mit den Streikenden ausgehandelt hat, kam nach einem Streit im Politbüro über Gewerkschaftsprobleme mit einem Herzanfall ins Krankenhaus. Seither fehlt den Gemäßigten eine wichtige Stimme.

Am vorigen Dienstag sollten auf dem seit Monaten verschobenen ZK-Plenum Personalentscheidungen zugunsten der orthodoxen „Betonköpfe“ fallen. Doch die Abrechnung ging nicht auf. Als Verantwortlicher für den Schülermord verlor der Betonkopf Polizei-General Stachura seinen wichtigen Posten als Sicherheitschef und wurde als Botschafter nach Ankara abgeschoben.

Rakowski sorgte dafür, daß der gleichfalls festgenommene Freund des toten Schülers als Augenzeuge im Fernsehen berichten konnte – noch haben im parteiinternen Machtkampf die Freunde des Generals die Oberhand.

## FRANKREICH

### Bildung für alle

**Öffnung der Universitäten für Nichtabiturienten – gegen diesen Plan der Linken brach ein Proteststurm los.**

Erst gingen die Studenten zu Tausenden auf die Straße, dann kamen die Professoren.

In Paris und großen Provinzstädten wie Bordeaux oder Lyon schlugen sich die Studenten mit der Polizei und weckten Erinnerungen an die Revolte des Mai 1968. Sie protestierten gegen die geplante Hochschulreform des sozialistischen Erziehungsministers Alain Savary.

Dennoch: Ungeschickt und – auch nach der Meinung vieler Professoren – ohne sachliche Notwendigkeit war die linke Regierung ausgezogen, den Universitäten des Landes ihren Stempel aufzudrücken.

Savary und seine Parteifreunde wollen vor allem den Zugang zum Studium erleichtern – nach dem Motto „Bildung für alle“. Nicht nur Abiturienten sollen künftig studieren dürfen, sondern auch alle, die „eine ausreichende Qualifizierung oder Erfahrung“ (so der Artikel 12 des Gesetzentwurfs) vorweisen können.

Was genau man darunter zu verstehen hat, wird im Gesetz nirgends definiert. Sicher ist aber, daß ein Sturm auf Hörsäle und Labors losbrechen wird – um 300 000 zusätzliche Studenten, behauptet die Opposition.



Professoren-Protest in Paris: „Unterwerfung der Universität“

In wehenden Talaren, skurril anmutenden Baretts und hermelinbesetzten Samtumwürfen setzten die Professoren sich an die Spitze der Protestmärsche, um das rote Unheil von ihren Fakultäten abzuwenden.

Seit dem 24. Mai schließlich quälten sich die Abgeordneten der Pariser Nationalversammlung Tag und Nacht durch das Paragraphendickicht des neuen Hochschulgesetzes. Über 2000 Änderungsanträge hatten die Volksvertreter eingebracht – mehr denn je zu einem Gesetzentwurf in den 25 Jahren der Fünften Republik.

Zwischen brennenden Barrikaden im Pariser Quartier Latin, verlassenen Hörsälen und endlosen Parlamentsdebatten finden sich viele Franzosen längst nicht mehr zurecht: Die Protest-Studenten kommen diesmal eher von rechts als von links wie 1968. Offenkundig machten Randaliertrupps mit, denen es nur auf Provokation der Polizei ankam.

Das Bildungsparadies öffnet sich jedoch nur für die ersten beiden Studienjahre. Denn dann wird der Strom der Studierenden den vorhandenen Kapazitäten angepaßt, eventuell sogar den späteren Berufsaussichten: durch eine obligatorische Zwischenprüfung, die mithin zum Auslese- und Lenkungsinstrument in der Hand staatlicher Bildungsbürokraten wird.

De facto würde so ein Numerus clausus eingeführt, nur daß, da von der Abiturnote unabhängig, er nicht am Beginn des Studiums liegt, sondern am Ende des ersten Studienzyklus. Dem breiten Zugang zu den Unis wird die harte Auslese folgen, für viele Studenten ist damit nach der großen Hoffnung der große Mißerfolg unausweichlich.

Niemand weiß vorerst zu sagen, wer gegebenenfalls die Zahl der Studenten festlegt, die weiterkommen. Auch die heikle Frage, wer den Nachwuchsbedarf einzelner Berufe fixieren soll, blieb völ-